

2013-05-30

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen zum Haushaltsplanentwurf 2013 am 17.04.2013

Sitzungsbeginn: 16:25 Uhr
Sitzungsende: 19:25 Uhr
Sitzungsort: Raum 226, Rathaus Dessau

Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses, übernahm zunächst die Leitung der gemeinsamen Sitzung, da die Vorsitzenden beider Ausschüsse sowie der stellv. Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses noch nicht anwesend waren. Er eröffnete die gemeinsame Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit mit derzeit jeweils 6 anwesenden Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde durch die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses jeweils einstimmig bestätigt.

3 Öffentliche Anfragen und Informationen

Öffentliche Anfragen und Informationen wurden nicht vorgebracht.

4 Beschlussfassungen

4.1 Haushaltssatzung 2013 Haushaltsplan 2013 Stellenplan 2013 Vorlage: BV/055/2013/II-20

4.1.1 Produkte des Dezernates VI

Herr Beigeordneter Hantusch stellte anhand einer digitalen Präsentation die Produkte des Dezernates VI vor (Anlage 1 des Protokolls) und verwies darauf, dass die Ämter die in ihrer Zuständigkeit befindlichen Produkte jeweils darstellen werden.

Anfragen wurden nicht gestellt.

4.1.1.1 Planung/Innenstadtentwicklung

Frau Jahn, Leiterin des Amtes 61, stellte die Produkte ihres Zuständigkeitsbereiches vor:

- **Produkt 55110 – Herstellung und Pflege des öffentlichen Grüns**

Hierzu gehört die gesamtstädtische Grünplanung vom Landschaftsplan bis zur Planung für Teilbereiche oder direkte Objektplanungen, die sich im Wesentlichen immer auf den Neubau beziehen. Es stehen investive Dinge der UNESCO-Welterbeförderung an, in diesem Jahr die Spielplätze Pollingpark und Rondel. Auch hier werde die Fortsetzung innerstädtischer Planungen im Zusammenhang mit der Achse Bahnhof – Stadtpark betreut.

- **Produkt 52300 – Denkmalschutz und –pflege**

VD-verantwortlich für das Produkt Bauhaus, hauptsächlich für die UNESCO-Fördermittel.

- **Produkt 51110 – Bauleitplanung sowie Maßnahmen der Stadtentwicklung**

Hierzu gehören im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Planerische Vorbereitung wie Regional- und Landesplanung, die Stadtentwicklungsplanung und die verbindliche und vorbereitende Bauleitplanung.
- Vorbereitende Umsetzung im Bereich der Bauleitplanung und direkte Umsetzung der Gliederpunkte.
- Deckungskreis mit den verschiedenen Ebenen Innenstadt, Gewerbegebiete und Ortschaften mit der Bauleitplanung und Gestaltungssatzungsplanung sowie informelle Planungen.
- Fertigstellung des Einzelhandelsbebauungsplanes Nr. 216.
- Vorbereitung des Bebauungsplanes im Bereich des Hafens
- Bebauungsplan Schlachthof
- Fortschreibung der Regionalentwicklungsplanung
- Die Strukturfondsperiode, insbesondere auf der LEADER-Ebene, um zu sichern, dass die Ortschaften weiterhin Gelder bekommen
- Landschaftsplan für die Gesamtstadt, Zusammenführung der Flächennutzungsteilpläne.

- Fertigstellung INSEK und Masterplan Innenstadt.

In der Diskussion bezog sich **Herr Giese-Rehm** auf den Planungsraum Bahnhof/Stadtpark und fragte, ob eine Vorrichtung für das Abstellen von Rädern am Anhaltischen Theater vorgesehen ist. Für Besucher bestehe keine Möglichkeit ein Fahrrad in diesem Bereich abzustellen. **Frau Jahn** sagte eine entsprechende **Prüfung** zu.

Frau Ehlert ging auf das öffentliche Grün ein und fragte nach der Zuständigkeit von Pflegeverträgen. Die Zuständigkeit liege beim Eigenbetrieb Stadtpflege, erwiderte **Frau Jahn**.

Frau Ehlert fuhr fort, als Zielstellung wurde im Finanzausschuss etwas ins Leben gerufen, wie das öffentliche Grün besser gepflegt werden kann. Um mehr Sauberkeit und Pflege der städtischen Grünflächen zu erreichen, sollte die Vergabe von Pflegeverträgen geprüft und die Problematik an den Stadtpflegebetrieb als Schwerpunkt weitergeleitet werden. In der Waldsiedlung wurden Wege und Straßen neu gemacht, aber bei den Parkflächen komme man der Pflege des öffentlichen Grüns nur spärlich nach. Ähnlich sehe es in anderen Bereichen aus. Weiterhin bezog sie sich auf das Teilprodukt 52110 und fragte, inwieweit eine Zentralisierung oder Beschleunigung von Baugenehmigungen geplant ist. Diese Frage falle in den Verantwortungsbereich von Herrn Meister, erklärte Frau Jahn.

Bezüglich der Pflegeverträge mit Privatleuten verwies **Frau Nußbeck** darauf, dass es sich um Einzelfälle handelt und keine großartige Entlastung darstellen. Ansonsten werden die öffentlichen Flächen vom Stadtpflegebetrieb mit einem von der Stadt bereitgestellten Budget gepflegt. Eine vor ca. 3 Jahren angefertigte Aufstellung habe gezeigt, dass sich die öffentlichen Grünflächen verdreifacht haben, das Budget aber stabil geblieben ist. Die exorbitant steigenden Grünflächen können aufgrund der nicht zur Verfügung stehenden notwendigen Mittel nicht in angemessener Form gepflegt werden. Deshalb sei man froh, dass durch Marktersatzmaßnahmen im Stadtpflegebetrieb die größten Mängel beseitigt werden können.

Herr Bönecke verwies darauf, dass ein Großteil der Pflege vermieden werden könne, wenn die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt eine gewisse Art des Umganges mit den Grünflächen, wie es in anderen europäischen Ländern durchaus üblich ist, pflegen würden, d. h. Müllvermeidung und Müll dort abzuliefern, wo die Behälter stehen usw. Wenn man diese Art der Wahrnehmung des Umganges mit den Grünanlagen fordern und aktivieren würde, führe das zu einer erheblichen Einsparung.

Es wurden zum Teil hochwertige Bänke und dergleichen über Fördermittel finanziert, die nicht mehr so gepflegt werden können, führte **Herr Beigeordneter Hantusch** aus. Die Ämter müssen sich kurzschließen und sagen, an welchen Stellen in der Stadt die Pflege besonders wichtig ist und das mit dem Eigenbetrieb Stadtpflege abstimmen. Auch einfache Pflegesysteme, wie Rasenflächen, müssen in Erwägung gezogen werden.

Bereits bei der Grünplanung können pflegearme Grünflächen geplant und Folgekosten bedacht werden, merkte **Frau Nußbeck** an.

Herr Weber bemerkte, in der Stadt werde zu viel geplant und das Konzept Urbane Kerne, Landschaftliche Zonen wurde der Stadt und den Bürgern sehr stark aufgesetzt. Auf die problematische Entwicklung des Zoberbergs verweisend, sei selbst die städtische Gesellschaft dabei, den Standort nicht mehr ganz so im Auge behalten zu wollen. Hätte man die Wohnwünsche der Bürger mehr zugelassen, hätten sie allein gezeigt, wo sie wohnen wollen und nicht, wo wir sie durch Planungen hinbringen. Die Planungen selbst haben auch viel Geld gekostet.

Dieses Vorgehen habe dazu gedient, einen flächenhaften Abbruch zustande zu bringen, um auch die DVV zu entlasten, bemerkte **Frau Jahn**.

Herr Kleinschmidt ergänzte, die Ausgliederung der DABS-Mitarbeiter habe erhebliche Auswirkungen und schwäche den Stadtpflegebetrieb.

Auch da müsse zur Kenntnis genommen werden, dass diese geforderten Maßnahmen immer mehr zurückgedrängt werden, was man aber nicht beeinflussen könne, da es klare Politik der Bundesagentur sei, erwiderte **Frau Nußbeck**.

4.1.1.2 Hochbau/STARK III

4.1.1.3 Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Die Tagesordnungspunkte 4.1.1.2 und 4.1.1.3 wurde zusammenhängend behandelt.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes 65, ging zunächst auf schriftliche Anfragen von Frau Ehlert ein, welche ihm von der amt. Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, Frau Schröter, zugeleitet wurden. Diese habe auch die Antwortschreiben bereits erhalten.

Zur **Beschilderung des Technischen Rathauses** verwies er darauf, dass diese bereits an der Elbebrücke beginnt und beiderseits an der Einfahrt zum Technischen Rathaus besteht. Der **Winterdienst** auf den Straßen laufe nach der Winterdienstsatzung über das Tiefbauamt. Die einzige Möglichkeit der Einflussnahme wäre die Änderung der Satzung. Die Funktionsfähigkeit war auch bei viel Schnee immer gesichert. Die Gehwegbereiche sind private Aufgaben und werden über Verträge geräumt. Das Problem der **Beschilderung der einzelnen Ämter im Rathaus Roßlau** wurde umgehend aufgenommen. Mit einer zentralen Lösung ergebe sich aber ein ähnlicher Effekt wie bei der Einfahrt ins Technische Rathaus, nämlich dass man es zu spät wahrnimmt. Deshalb wurden übersichtliche Pläne entwickelt, welche in sämtliche Glastüren angebracht werden, d. h. egal von welcher Seite man sich einem Gebäude nähert und wo man einen Parkplatz gefunden hat, man könne in jedem Türeingang sehen, wohin man muss.

Herr Bekierz ging anhand einer Präsentation auf das klassische Modell des Gebäudemangements ein und stellte die **Produkte Nr. 11170** – Verwaltung von städtischen Liegenschaften und **11172** – Technisches Gebäudemangement vor. Abschließend legte er die Eckpunkte des **Förderprogramms Hochbau „Stark III“** dar (Siehe Anlage zum Protokoll).

Aufgrund der positiven Äußerung zum Energiemanagement der Stadt durch Frau Ehlerth verwies **Herr Bekierz** auf jährlich rund 1 Mio. € Mehrausgaben, wenn die Maßnahmen zum Energiemanagement nicht durchgeführt worden wären. Das Energiemanagement kostet eine Viertelmillion Euro, aber das Vierfache seien Einsparungen. Wenn man mit dem Energiemanagement aufhöre, seien die Effekte auch relativ schnell wieder weg.

Herr Oberbürgermeister Koschig übernahm die Leitung der Sitzung und informierte über die Sitzung des Stiftungsrates der Stiftung Bauhaus Dessau. Hier wurde festgelegt, dass der Oberbürgermeister gemeinsam mit dem Kultusminister 3 Standorte vorträgt und mit dem Kabinett eine Abwägung vornimmt.

4.1.1.4 Tiefbau

Herr Pfefferkorn, Leiter des Amtes 66, ging auf die Schwerpunkte **Investitionen** (Finanzplan), **Straßenunterhalt sowie wasserbauliche Maßnahmen ein**.

Bezüglich der **Investitionen** habe das Bauwerk 11 (Muldebrücke) Priorität. Parallel werde das Planfeststellungsverfahren zur Ostrandstraße mit einer gesicherten Summe weitergeführt. In 2014 ist die Planung und Ausführung des Bauwerkes 17 (Brücke über den Diepold), die Vorplanung der Kavaliertstraße sowie die Erneuerung des Bauwerkes 500 (Brücke in Brambach) verankert. Für die Zerbster Brücke sind 50 T€ für die Planung und Untersuchung eingestellt. Weiterhin wurde die Förderung des Radverkehrs verankert.

Mit der vorliegenden Finanzausstattung sei die Situation zum **Straßenunterhalt** weiterhin äußerst angespannt. Somit werde auch in diesem Jahr eine unbefriedigende Situation im Schlaglochbereich bestehen und verstärkt durch die Winterdienstkosten, welche von 434 T€ auf das Doppelte gestiegen sind, so dass hier immer noch ein Fehlbetrag auftritt.

In der Haushaltsdiskussion in den Dezernaten wurde festgelegt, dass diese Last nicht im Deckungskreis und auch nicht über das Dezernat zu schultern ist. Um das auszugleichen, müssen unterjährig Lösungen geschaffen werden. Es bestehen Schwierigkeiten mit Schwerpunktmaßnahmen, wo Deckenauswechselungen stattfinden müssen, da ein Flicker nicht mehr gerechtfertigt wäre. Hier werden solche Abschnitte, wie der vor Mosigkau, Sorgen machen. Um die Straßen verkehrssicher zu halten, müsse gemeinsam mit dem Dezernat II nach Lösungen gesucht werden.

Im **Wasserbau** ist man im Jahr 2013 außergewöhnlich gut ausgestattet. Es sind 600 T€ veranschlagt und fast ebenso viele Fördermittel gegenfinanziert. 2 Maßnahmen wurden bereits abgeschlossen, die angemeldeten Maßnahmen werden planmäßig durchgeführt, d. h. im Bereich Mosigkau und in Törten der Lorkgraben werden finanziell abgesichert in diesem Jahr durchgeführt.

Es werde nur nachgeholt, was ansteht und in den vergangenen Jahren nicht so gelaufen ist, ergänzte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Dazu komme noch die Teilhabe an Fördermaßnahmen.

Herr Pfefferkorn verwies fortführend auf die Maßnahme Taubesystem im Bereich des Flugplatzes. Hier seien in den nächsten Jahren Mittel eingestellt, um die Abflussverhältnisse auf dem Flugplatz zu verbessern. Unklar sei momentan noch, wie das mit Fördermitteln unteretzt werden kann.

In der sich anschließenden Diskussion verwies **Frau Ehlert** auf den 3. BA für die B 185, welcher erst für 2016 vorgesehen ist. Ihrer Meinung nach halte die Straße bis 2016 dieser Belastung nicht mehr Stand, weshalb eine außerplanmäßige Ausgabe erforderlich sein werde. Des Weiteren bezog sie sich auf den 4-spurigen Ausbau der Mannheimer Straße, welcher im Finanzplan bis 2016 nicht mehr zu finden ist.

Das Konzept zur Mannheimer Straße steht, erwiderte **Herr Pfefferkorn**. Es liege allein an der Finanzierung, denn Priorität haben die Ostrandstraße und die Muldebrücke. Vor der Ortslage Mosigkau bis zur Philipp-Müller-Straße bestand vor allem eine Lärmbelästigung, was man durch eine Oberflächensanierung abmildern konnte. Wenn man eine Deckenauswechslung hinbekomme, könne man für 5 - 8 Jahren sagen, dass es verkehrssicher ist. Momentan könne man das noch nicht, weil es aus dem Unterhalt ist. Hier müssen spätestens im nächsten Jahr Lösungen gefunden werden.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bezog sich auf die Deckenauswechslung und die Verkehrssicherheit in 5 bis 8 Jahren und stellte die Frage, ob der im Plan für 2016 vorgesehene Ausbau verschoben wird oder ob investiert und die Straße 2016 trotzdem neu gemacht wird.

Die Ostrandstraße und die Muldebrücke stellen eine Belastung von mindestens 30 Mio. € dar, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Bundesweit stelle man sich die Frage, ob weiter in neue Straßen oder erst einmal in die vorhandene Infrastruktur investiert wird. Zurzeit sind Land und Bund nicht mehr bereit, EFRE-Mittel in die Verkehrsinfrastruktur zu stecken. Allein für die Ostrandstraße waren bei ca. 16 Mio. € Gesamtausgaben 7 Mio. € EFRE-Mittel vorgesehen. Diese EFRE-Mittel sollen nicht mehr in die Verkehrsinfrastruktur fließen. Was die Fördermittelproblematik angeht, werden die Karten EU-weit neu gemischt. D. h. auch, dass bestimmte Verkehrsinfrastrukturen im Hafen bspw. demnächst mit EFRE-Mitteln nicht mehr finanziert werden können. Die europaweite Fördermittelausrichtung müsse abgewartet werden, um dann sagen zu können, was man machen kann. Das seien die europaweiten Auswirkungen der Abstimmungen für den Prozess 2014 bis 2020.

Herr Ehm, stellv. Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, übernahm die Leitung der Sitzung und erteilte **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen** das Wort. Sie verwies auf die vorliegenden aktuellen Änderungen. So sind die beiden Bauabschnitte der B 185 nicht mehr bis 2016 im Plan enthalten, sondern werden zur Deckung für andere Maßnahmen in der Innenstadt vorgeschlagen. Deshalb müsse unterjährig eine Lösung gefunden werden für die Maßnahme aus dem Bauunterhalt, damit diese noch mindestens 8 Jahre hält, weil sie jetzt nach dem neuen Plan, der den Stadträten noch nicht vorliegt, nicht mehr enthalten ist.

Ergänzend führte **Herr Pfefferkorn** aus, es bestehe keine Chance auf Fördermittel für dieses Objekt bis 2016, weil die Ostrandstraße und Brücken enthalten sind. Des-

halb ist man zu der Entscheidung gekommen, die Eigenmittel für andere wichtige Dinge zu verwenden.

Seit langem sei klar, dass wir uns maßlos verplanen, legte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, dar. Es wurden tolle Ideen auf den Weg gebracht, aber wenig abgearbeitet. Einwände wurden schon bei der Planung des Industriegebietes Flugplatz erhoben. Das Regierungspräsidium hat die Pläne nicht genehmigen wollen, weil u. a. die Entwässerung nicht gewährleistet war. Auf Weisung des damaligen Wirtschaftsministers sei trotzdem eine Genehmigung erfolgt. Wie wichtig dieses Industriegebiet Flugplatz für uns ist, sehe man daran, dass dort nach 10 Jahren immer noch nichts steht und die angesiedelten Firmen inzwischen zwei Pleiten durchhaben. Im Protokoll soll das vermerkt werden, weil man selbst auch ein großes Maß an Verantwortung trage. Es wurde rein politisch entschieden. Jetzt werde etwas behoben, was seinerzeit fundiert eingewendet wurde, denn wir haben Fehlplanungen und Fehlinvestitionen, die jetzt nachträglich noch einmal finanziert werden müssen.

Durch die Umstellung auf die Doppik werden Veränderungen im Unterhalt der Straßen eintreten. Rückstellungen im Zuge der Abschreibungen werden begrüßt. Es stelle sich die Frage, wie viele Vorplanungen schon gelaufen sind und was an Abschreibungszuwachs zukünftig im Fachbereich des Tiefbauamtes beachtet werden muss.

Die Liste werde gemeinsam mit der Kämmerei erarbeitet, entgegnete **Herr Pfefferkorn**.

Eine Gegenrede zum Flugplatz führte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Richtig sei, dass die Entwässerung zur damaligen Zeit ein Problem darstellte. Die Gesamtmaßnahme wolle er aber nicht in dieser Art ablichten, weil die Entlastung für die Ortslage Kleinkühnau, die mit der Erschließungsstraße des Gewerbegebietes einherging, die Lebensqualität des Ortes rechtfertigt. Insofern war absehbar, dass über einen gewissen Zeitraum die Problematik der vorübergehenden Lösung der Flugplatzentwässerung nur einen Zwischenstatus haben kann. Deshalb teile er die Kritik so nicht.

Was die Problematik des Straßenunterhalts betrifft, müssen nach erfolgter Bestandsaufnahme des Winterdienstes 2012/2013 die Zahlen völlig neu geordnet werden, um den Gesamtbestand verkehrsgefährdender Natur zu sichern. Dazu müsse neu befinden werden.

Die genannten Zahlen betreffen nur den Winterdienst und haben nichts mit Schlaglöchern zu tun, stellte **Herr Pfefferkorn** fest. Die Frostschäden sind noch nicht endgültig erfasst, werden aber fortlaufend nach der Priorität der Verkehrssicherheit abgearbeitet. Es gehe um Bestandssicherung, bevor man sich an weitere Ausbaumaßnahmen wage, erklärte **Herr Schönemann**. **Herr Pfefferkorn** bestätigte auf Nachfrage von Herrn Schönemann, dass das Planverfahren zur Ostrandstraße bis zur Baugenehmigung eingestellt und finanziert ist.

Das erschlossene Gewerbegebiet sollte nicht schlecht geredet werden, bemerkte **Herr Bönecke**, denn die dort stattgefundenen Pleiten haben nichts mit dem Wasser zu tun. Die jetzige Situation, welche die zusätzlichen Maßnahmen notwendig mache, sei darin begründet, dass durch den allgemein gestiegenen Grundwasserstand we-

sentlich mehr Wasser aus dem Gebiet Alten über den Flugplatz abgeleitet werden muss, als das 1999 für das Gewerbeareal geplant war. Es werden erhebliche Mengen über den Raffineriegraben Richtung Flugplatz gepumpt. Die neuen Erkenntnisse an der Stelle müssen berücksichtigt werden.

Die Prognosen der Einwender, dass das nicht ausreicht, wurden konkret vorgelegt, entgegnete **Herr Weber**. Das Regierungspräsidium hatte genau mit diesen Zahlen die Genehmigung abgelehnt und war zur Genehmigung angewiesen worden. Das liege schriftlich vor und habe nichts damit zu tun, etwas schlecht zu reden. Die Diskussion sei damals öffentlich geführt worden, weshalb er daran erinnere, wie mit warnenden Stimmen umgegangen wurde. Deshalb müsse jetzt kritisch und öffentlich das Ganze dargestellt werden. Die Einwendungen hätten damals entsprechend überarbeitet werden müssen, was aber nicht erfolgt ist.

Bezüglich der Anmerkung von **Herrn Maloszyk** zum Versiegelungsverfahren infolge der winterbedingten Straßenschäden, legte **Herr Pfefferkorn** dar, dass es sich um die sogenannte Oberflächenbehandlung handelt, die der Decke eine gewisse Fettigkeit gibt, um die Risse zu beseitigen. Damit werde aber nur der Intervall der Deckenauswechslung verlängert. Herr Pfefferkorn bestätigte die Aussage von Herrn Maloszyk, dass ein vermehrter Aufriss nach Frostperioden deutlich gesenkt wird und diese Maßnahmen neben den erforderlichen Grundreparaturen weiterhin gemacht werden.

Zum Finanzvolumen im Gewässerbereich war die Ausstattung in den zurückliegenden Jahren außerordentlich schlecht, stellte **Herr Ehm** fest. Er erinnerte an eine Liste mit den Arbeiten im Gewässerbereich. In Waldersee bestehe keine Chance, in Jahresscheiben zu sehen, wann das mal drankommt.

Herr Giese-Rehm ging auf die Unterhaltung der Radwege ein. Hier konnte festgestellt werden, dass eine Größenordnung von 1,5 % im Finanzvolumen gemessen an der Unterhaltung der Straßen aufgewendet wird, was bei den kommunalen Straßen zutrefte, bei den Kreisstraßen sei nichts enthalten, bei Landstraßen sind es 1.500 € und bei Bundesstraßen 1,7 %. Er verwies auf die Baumaßnahmen zur Brücke Oststrandstraße, wo der Radweg enthalten ist und die beschlossene Maßnahme über 300 T€ für die nördliche Albrechtstraße, wo eine grundhafte Erneuerung der Rad- und Gehwege vorgesehen ist und fragte, ob bezüglich der Radwege weitere Maßnahmen geplant sind.

Im Finanzplan seien keine weiteren Maßnahmen enthalten, jedoch sind im Deckungskreis allgemeine Unterhaltung 1.350.000 € für den Straßenunterhalt eingestellt für die Aufwertung der Radwege, erklärte **Herr Pfefferkorn**.

Die Größenordnung von 23 % Radverkehr gegenüber dem Gesamtverkehrsaufkommen in der Stadt entspreche nicht den geplanten Mitteln, führte **Herr Giese-Rehm** aus. Auf Dauer müsse man eine Relation bekommen, die dieser Größenordnung entspricht und den Verkehr als solches ernst nehmen. Hier werde das Radverkehrskonzept helfen, entgegnete **Herr Pfefferkorn**.

4.1.1.5 Wirtschaftsförderung

4.1.1.6 Tourismus

Die Tagesordnungspunkte 4.1.1.5 und 4.1.1.6 wurden zusammenhängend behandelt.

Frau Gebhardt, Leiterin des Amtes 80, stellte anhand einer Präsentation die Produkte und Kennzahlen des Amtes 80 vor (Anlage 2 des Protokolls).

In der Diskussion ergriff **Frau Ehlert** das Wort und erklärte, zu den Produkten gehöre auch das Technische Gebäudemanagement, was Bestandteil des Haushaltsplanes und der Haushaltskonsolidierung sei. Im Rathaus Roßlau stehe die 2. Etage leer, weshalb ein Ziel die Vermietung freier Flächen sein müsse, um Mieteinnahmen zu erwirtschaften. Weitere Ziele müssen die Umsetzung der Konzentration der Ämter und die Verbesserung der Ausschilderung sein. So stehe der Wegweiser am Technischen Rathaus immer noch nicht.

Frau Gebhardt legte dar, dass das in den Zuständigkeitsbereich von Herrn Bekierz, Leiter des Amtes 65, gehöre und er diesbezügliche Ausführungen machen werde.

Auf den Gästeservice bezog sich **Herr Giese-Rehm**. Um die nichtbesetzten Zeiten abzudecken, sollte über eine Gästeinformation in elektronischer Form nachgedacht werden. Touchscreen wäre hier das entsprechende Produkt. Weiterhin bezog er sich auf die Verbesserung der Empfangsinfrastruktur bei der Touristinformation.

Die Empfangsstruktur sei in der Überarbeitung und war Thema im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport, erwiderte **Frau Gebhardt**.

In Ergänzung brachte **Herr Beigeordneter Hantusch** zum Ausdruck, dass noch in diesem Jahr ein Tourismuskonzept erstellt werden soll. Das Bauhaus habe ein sehr ambitioniertes und gutes Tourismuskonzept, weshalb diesbezüglich bereits Kontakt zum Bauhaus hergestellt wurde und bezüglich des Ausstellungszentrums auch zur DVG. Wenn man das alles machen würde, hätte man einen Personalaufwuchs, so dass man genau überlegen müsse, an welcher Stelle Tourismus gemacht wird. Bestandteil des Tourismuskonzeptes müsse auch sein, an welchen Orten in der Stadt solche Touchscreens installiert werden sollen, was im Haushalt geplant und dargestellt werden müsse.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, verwies darauf, dass ab 2014 Gästeinformationssysteme mit jährlich 5.000 € im Haushalt enthalten und auf der Seite 1094 dargestellt sind.

Herr Weber erinnerte an seine jahrelange Forderung, die Bewirtschaftung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen voranzubringen. Diesbezüglich sei im Haushalt nichts eingestellt worden. Man habe nach wie vor hohe Ausgaben in den Flächen und wenige Einnahmen. Gemachte realistische Vorschläge, wie z. B. Selbstwerbung, was die Holzscheinvergabe angeht, werden nicht gemacht.

Die Anregung werde aufgenommen, aber seines Erachtens gebe es dazu Aussagen, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes, verwies auf das Produkt Land- und Forstwirtschaft – 55510 auf der Seite 995. Produktverantwortlich sei Herr Pfefferkorn. Es sei in keiner Weise vergessen worden, es gebe aber eine Steigerung beim Holzverkauf.

Es liegen aber keine veränderten Zahlen vor, erwiderte **Herr Weber**. Er nehme das Anliegen zur Klärung mit, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**.

4.1.1.7 Sonstiges

Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes 83, stellte das **Produkt 56100 – Umweltschutzmaßnahmen** vor. Sie vertritt die Fachgebiete Naturschutz, Gewässerschutz, Bodenschutz, Abfallrecht, Emissionsschutz und dazu das Chemikalienrecht. Globalziele seien die Schonung der natürlichen Ressourcen, wie Sicherung der Güte von Gewässern, Boden und Schutz der Umwelt vor jeglichen Emissionen. Auf die Kennzahlen verweisend, habe man sich begrenzt auf die Anzahl der erteilten Genehmigungen, der Schutzobjekte und der überwachungspflichtigen Anlagen. Dazu gehören auch die Länge der Deiche, Größe des Überschwemmungsgebietes, Länge der Fließgewässer, Anzahl der ordnungsrechtlichen Verfahren und Maßnahmen in Schutzgebieten. Sie erläuterte den Gesamtergebnisplan und den Verwaltungshaushalt des Amtes.

Frau Ehlert bezog sich auf den Flughafen Halle-Leipzig, der aufgrund von Lärmbelästigung die Flugrichtung verändert hat und stellte die Frage, ob wir davon betroffen sind und ob es Absprachen mit der Stadt gegeben hat. **Frau Dr. Kegler** erwiderte, dass wir nicht einbezogen wurden, weil wir aufgrund der bereits erreichten Höhe nicht betroffen sind. **Herr Bönecke und Herr Ehm** verwiesen auf den deutlich wachsenden Fluglärm in der Stadt. Diesbezügliche Beschwerden liegen im Umweltamt aber nicht vor, entgegnete **Frau Dr. Kegler**.

Herr Kleinschmidt fragte, ob die Position Ausgleichsmaßnahmen für Naturschutzgroßvorhaben im Gewerbegebiet Flugplatz in Höhe von 160.300 € noch aktuell sei.

Es war angedacht, 150 ha zu versiegeln, weshalb für diese Fläche Ausgleichsmaßnahmen festgelegt wurden, erklärte **Frau Dr. Kegler**. In einem Plan wurden die einzelnen Maßnahmen aufgelistet. Pro m² verkaufte Fläche werden 1,57 € auf ein Verwahrkonto zurückgelegt und damit Ausgleichsmaßnahmen finanziert, was aber nur gehe, wenn auch Flächen verkauft werden. Das könne aber nicht umgesetzt werden, weil die Flächen, wo jetzt die Verkäufe stattfanden, genau einer Einzelfläche zugeordnet sind. Auf dem Verwahrkonto liegen derzeit 320 T€. Der Flugplatz bestehe aus 6 oder 7 Teilflächen, welchen das zugeordnet ist. Es seien aber Maßnahmen auch aus anderen Gründen nicht möglich, wie z. B. Aufforstungsmaßnahmen im Großprojektgebiet an der Elbe hinter Großkühnau. Diesbezüglich wurde festgestellt, dass diese freien Wiesen ökologisch wertvoller als eine Aufforstung sind. Die Ausgleichsmaßnahmen müssen wieder angepasst werden und liegen in der Zuständigkeit des Amtes 61.

Die Probleme haben sich verschärft, weil man heute für die Regenwassergeschichten andere Werte anwenden muss. Es werde so sein, dass einzelne Flächen dort nicht mehr vermarktet werden, sondern diese Flächen für die Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung stehen, was eine sinnvolle Lösung wäre.

Auf einen Vergleich mit dem Haushalt der Stadt Halle verwies **Herr Weber**. Halle habe 230.000 Einwohner und Dessau-Roßlau ca. 90.000 bei etwa gleich großer Stadtfläche, worin er eine Disproportion sehe. Das sei positiv, da wir mehr für den Umweltschutz aufwenden als die Stadt Halle. Auf die Frage, ob seitens der Stadt so ein Vergleich gemacht wurde, entgegnete **Frau Nußbeck**, dass wir deutlich größer in der Fläche sind als Halle.

Sie wolle nicht nur die Größe der Flächen betrachten, sondern die Stadt Dessau-Roßlau habe z. B. viel mehr Naturschutzgebiete und ein großes Naturschutzpotential, was die Stadt Halle nicht habe, bemerkte **Frau Dr. Kegler**. Auch haben wir mehr Entwässerungsgräben und Deiche. Weiterhin seien entsprechende Aufwendungen vom Naturschutzgesetz her nötig, weshalb diese Zahlen gerechtfertigt sind.

Wenn er richtig ausgerechnet hat, sind wir in der Umwelleistung und -beobachtung sowie in den Schutzmaßnahmen fast gleich auf mit der Stadt Halle, was positiv sei, merkte **Herr Weber** an.

Herr Ehm bat darum, keine weiteren Löcher in Spundwänden zu genehmigen. Erwidern verwies **Frau Dr. Kegler** darauf, dass durch Mitarbeiter des Umweltbundesamtes die Spundwände regelmäßig abgesucht werden. Es besteht der Auftrag, hierfür eine Lösung zu suchen.

Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes, stellte das **Produkt 51120 - Maßnahmen nach besonderem Städtebaurecht** – mit den Teilprodukten Haushaltsbearbeitung für andere Ämter des Dezernates, städtebauliche Sanierung und Entwicklung, Städtebauliche Sonderprogramme sowie Sanierung und Entwicklung der Waldsiedlung vor.

Bezüglich der von **Herrn Kleinschmidt** angesprochenen Transferaufwendungen für den Wasserturm verwies **Herr Schmieder** auf die dargestellten Maßnahmen auf den Seiten 906a und 907. Seit dem Jahr 2010 werden die Vorhaben, die seitens der Stadt zur Förderung beantragt werden, im Vorfeld durch den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus beschlossen. Zusätzliche Maßnahmen können in den Haushalt aufgenommen werden, weil sie zur Förderung beantragt werden, was den ausgereichten Änderungslisten zu entnehmen sei. Das sei wichtig, weil der Fördermittelgeber zunehmend Wert darauf legt, dass auch die städtischen Haushalte abbilden, dass die beantragten Mittel mit dem Eigenanteil entsprechend gegenfinanziert sind. Weiterhin verwies Herr Schmieder auf die Seiten 911 und 912 - Planung einzelner Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen. Die Maßnahme- und Finanzierungspläne werden jährlich in den Stadtrat eingebracht.

Aufgrund der Anmerkung von **Herrn Kleinschmidt**, dass für den Wasserturm für das Jahr 2014 keine Gelder eingestellt sind, aber schon 20 T€ bestätigt wurden, erklärte **Herr Schmieder**, dass das in diesem Ergebnishaushalt 2013 richtig ist und in 2014 und 2015 an manchen Stellen immer nur programmäßig weitergeführt wurde. Die programmäßige Richtigstellung werde aber noch in diesem Jahr erfolgen.

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, stellte das **Produkt 52100 – Maßnahmen der Bauaufsicht und baubehördliche Beratungen** vor.

Frau Ehlert stellte die Frage, inwieweit die Zentralisierung und Beschleunigung von Baugenehmigungen geplant ist. Ziel sei die Verkürzung der Bearbeitungszeiten und Schaffung eines zentralen Anlaufpunktes bis spätestens 2014.

Wenn es um Genehmigungsverfahren geht, ist das Bauordnungsamt als Bündelungsbehörde die zentrale Anlaufstelle und per Gesetz berechtigt und verpflichtet, diese Aufgaben entsprechend wahrzunehmen, erklärte **Herr Meister**. Im Verfahren werden dann die verschiedensten Ämter beteiligt, welche ihre Stellungnahmen zureichen. Das Bauordnungsamt spricht dann eine Genehmigung mit entsprechenden Auflagen oder auch eine Versagung aus. Eine Zentralisierung der Ämter würde wenig Sinn machen. Wenn in Einzelfällen Stellungnahmen verspätet abgegeben werden, hänge das auch mit Zuarbeiten, also fehlenden Unterlagen, der entsprechenden Antragsteller zusammen, was ein Baugenehmigungsverfahren entscheidend in die Länge ziehen könne. Wenn die Antragsunterlagen vollständig im Bauordnungsamt vorliegen, sei man in der Lage, durchschnittlich innerhalb von 6 Wochen eine Genehmigung zu erteilen. Aus dem Verfahren heraus könne schlecht eine Beschleunigung organisiert werden, weil es Sache des Antragstellers selbst ist. Oft stehe aber das Bauordnungsamt in der Kritik. Natürlich gebe es auch einmal den Fall, dass durch Krankheit etwas liegen geblieben ist, aber man sei bemüht, die Dinge nicht eskalieren zu lassen.

Bezüglich einer Anfrage der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen zu den Gutachterkosten hinterfragte **Frau Nußbeck** das Ziel dieser Anfrage, da eine reine Ausgabebetrachtung keine hohe Aussagekraft hat. Durch **Herrn Giese-Rehm** wurde erklärt, dass es der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen darum gehe, einen Gesamtüberblick über externe Gutachterleistungen zu erhalten vor dem Hintergrund einer fachlich gut aufgestellten Verwaltung. Frau Nußbeck erläuterte, dass es sich in manchen Fällen aber um reine „Ersatzmaßnahmen“ wegen Langzeiterkrankungen handelt und daher die Mittelherkunft auch eine Rolle spielen sollte.

Weiterhin stellte **Frau Nußbeck** fest, dass die wesentlichen Produkte des Haushaltes beraten und seitens der Ämter die jeweiligen Prioritäten vorgestellt wurden. Das Personalentwicklungskonzept und der Personalreport wurden besprochen, der Beteiligungsbericht und das Haushaltskonsolidierungskonzept war immer Gegenstand der Beratungen. Bezüglich der sich in den Beratungen ergebenden Änderungen wurden heute zu Beginn der Sitzung die Änderungslisten verteilt. Der Haushalt bleibe auch mit den erfolgten Änderungen bei 200 Mio. € Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.

4.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2013 und Folgejahre Vorlage: BV/061/2013/II-20

Die entsprechenden Punkte des Haushaltskonsolidierungskonzeptes waren im Zusammenhang mit den einzelnen Produkten behandelt worden.

Die Mitglieder der Ausschüsse verständigten sich auf die nächste gemeinsame Beratung am 18.4.2013, 16.30 Uhr.

Bezüglich der Bitte von **Frau Ehlert**, für die Vorbereitung des Bauhausjubiläums eine Haushaltsstelle einzurichten, verwies **Herr Oberbürgermeister Koschig** auf bereits bestehende Teilpositionen in der Wirtschaftsförderung und im Tourismusbereich.

Es wurde der Auftrag erteilt, eine Aufstellung vorzulegen, was in Vorbereitung des Bauhausjubiläums geplant ist.

Die Sitzung des Finanzausschusses wurde durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Bönecke**, geschlossen.

Herr Oberbürgermeister Koschig bat die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses zur Behandlung des nichtöffentlichen Teils der Hauptausschusssitzung zu bleiben.

6 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch Herrn Oberbürgermeister Koschig geschlossen.

Dessau-Roßlau, 01.07.13

Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schritfführer